



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER
Zl. 5931/12-Info-87

II-1516 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 73 75 07
Fernschreib-Nr. 111800
DVR: 0090204

575/AB

1987 -08- 05

zu 558 /J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche parlamen-
tarische Anfrage der Abg. Dr. Gugerbauer
und Genossen, Nr. 558/J vom 15.6.1987,
"Gewerberechtliche Genehmigung einer
Aluminiumwiederaufbereitungsanlage

Grundsätzlich ist vor auszuschicken, daß gemäß
Art. 52 Abs. 1 B-VG der Nationalrat und der Bundesrat
befugt ist, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu
überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der
Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte
zu verlangen. Es war daher zu prüfen, ob sich die ge-
stellten Fragen überhaupt auf "Gegenstände der Voll-
ziehung" im Sinne des B-VG beziehen.

Dazu präzisiert auch § 90 des Geschäftsordnungsgesetzes
des Nationalrates, daß sich das Interpellationsrecht ins-
besondere auf Regierungsakte "sowie Angelegenheiten der
behördlichen Verwaltung des Bundes als Träger von Privat-
rechten" bezieht. Die von Ihnen gestellte Anfrage behan-
delt Angelegenheiten, die nicht Gegenstand der Vollziehung
im Sinne des Art. 52 Abs. 1 B-VG sind.

Ich habe aber Ihre Anfrage an den Vorstand der AMAG
weitergeleitet, der eine Stellungnahme abgegeben hat, die
ich Ihnen in der Folge gerne zur Kenntnis bringe:

- 2 -

Zu Frage 1:

Ein provisorischer Betrieb mit einer Ofengruppe wurde Anfang 1980 aufgenommen.

Zu Frage 2 und 3:

Die gewerberechtliche Genehmigung erfolgte durch die Bezirkshauptmannschaft Braunau am 4. Mai 1982.

Zu Frage 4:

Die Genehmigung wurde von der Erfüllung von Auflagen abhängig gemacht, die im besonderen Umweltaspekte berücksichtigen haben; beispielhaft darf auf Auflagen betreffend Spänetrocknung, Krätzemühle und Rauchgasentsorgung hingewiesen werden. Mit der Erteilung der Betriebsbewilligung vom 24.11.1983 wurde die Erfüllung der Auflagen bestätigt.

Wien, am 4.8. 1987

Der Bundesminister

